

■ Politische Rechte

Landratsbeschlüsse, rechtskräftig

Nachdem innert der verfassungsmässigen Frist keine Abstimmungsbegehren eingereicht worden sind, hat die Landeskanzlei am 28. März 2008 folgende im Amtsblatt vom 31. Januar 2008 publizierten Landratsbeschlüsse als rechtskräftig erklärt:

- Umgang mit und Sanierung von Burgen und Ruinen (2007-189)
- NATUR Festival beider Basel: Beteiligung des Kantons Basel-Landschaft; Verpflichtungskredite für die Jahre 2008 - 2011 (2007-218)
- Gesetz über die Bekämpfung der Schwarzarbeit (GSA) (2007-282)
Inkrafttreten: Dieses Gesetz tritt rückwirkend auf den 1. Januar 2008 in Kraft
- Erweiterung des Gemeindebeschwerderechts im verwaltungsgerichtlichen Verfahren und Vereinheitlichung des Rechtswegs im Erschliessungsabgabewesen (Änderung des Gesetzes vom 19. Juni 1950 über die Enteignung und des Raumplanungs- und Baugesetzes vom 8. Januar 1998) (2007-129)
Inkrafttreten: Der Regierungsrat beschliesst auf Antrag der Justiz-, Polizei- und Militärdirektion das Inkrafttreten dieser Änderung

Landeskanzlei Basel-Landschaft

Zustandekommen eines Referendums

Die Landeskanzlei des Kantons Basel-Landschaft, gestützt auf § 61 des Gesetzes vom 7. September 1981 über die politischen Rechte sowie auf die Berichte der Gemeinden über die Prüfung der Unterschriftenlisten des am 13. März 2008 eingereichten Referendums gegen den Landratsbeschluss vom 10. Januar 2008 betreffend Finanzierungsbeiträge des Kantons Basel-Landschaft zu Gunsten des Projektes "**Messezentrum Basel 2012**", verfügt:

1. Das Referendum gegen den Landratsbeschluss vom 10. Januar 2008 betreffend Finanzierungsbeiträge des Kantons Basel-Landschaft zu Gunsten des Projektes "**Messezentrum Basel 2012**" ist zustandegekommen, nachdem es die gemäss § 31 Absatz 1 der Kantonsverfassung verlangten Unterschriften aufweist.
2. Die Zahl der gültigen Unterschriften beträgt **3342**.
3. Veröffentlichung im Amtsblatt und Mitteilung an das **Referendumskomitee "Wir kaufen keine Millionen-Messe-Katze im Sack" Postfach, 4410 Liestal**.

Landeskanzlei Basel-Landschaft

Zustandekommen einer nichtformulierten Volksinitiative

Die Landeskanzlei des Kantons Basel-Landschaft, gestützt auf § 61 des Gesetzes vom 7. September 1981 über die politischen Rechte sowie auf die Berichte der Gemeinden über die Prüfung der Unterschriftenlisten der am 27. Februar 2008 eingereichten nichtformulierten Volksinitiative "Totalsanierung der Chemiemülldeponien in Muttenz", verfügt:

1. Die nichtformulierte Volksinitiative "Totalsanierung der Chemiemülldeponien in Muttenz" vom 27. Februar 2008 ist zustandegekommen, nachdem sie die gemäss § 31 Absatz 1 der Kantonsverfassung verlangten Unterschriften aufweist.
2. Die Zahl der gültigen Unterschriften beträgt 3856.

3. Veröffentlichung im Amtsblatt und Mitteilung an das Initiativkomitee "Totalsanierung der Chemiemülldeponien in Muttenz", Grüne, Postfach 330, 4127 Birsfelden.
Landeskanzlei Basel-Landschaft

Zustandekommen einer nichtformulierten Volksinitiative

Die Landeskanzlei des Kantons Basel-Landschaft, gestützt auf § 61 des Gesetzes vom 7. September 1981 über die politischen Rechte sowie auf die Berichte der Gemeinden über die Prüfung der Unterschriftenlisten der am 27. Februar 2008 eingereichten nichtformulierten Volksinitiative "Verantwortliche Basler Chemie- und Pharmafirmen müssen Trinkwasseruntersuchung und -aufbereitung bezahlen", verfügt:

1. Die nichtformulierte Volksinitiative "Verantwortliche Basler Chemie- und Pharmafirmen müssen Trinkwasseruntersuchung und -aufbereitung bezahlen" vom 27. Februar 2008 ist zustandegekommen, nachdem sie die gemäss § 31 Absatz 1 der Kantonsverfassung verlangten Unterschriften aufweist.
2. Die Zahl der gültigen Unterschriften beträgt 3721.
3. Veröffentlichung im Amtsblatt und Mitteilung an das Initiativkomitee "Verantwortliche Basler Chemie- und Pharmafirmen müssen Trinkwasseruntersuchung und -aufbereitung bezahlen", Grüne, Postfach 330, 4127 Birsfelden.

Landeskanzlei Basel-Landschaft